

**PROTOKOLL**  
der öffentlichen Beiratssitzung

| DATUM   | BEGINN   | ENDE      | SITZUNGSORT                     |
|---|--|-----------|---------------------------------|
| 12.11.2013  | 19.15 Uhr  | 21.05 Uhr | Ortsamt Horn-Lehe, Sitzungssaal |
| <b>TEILNEHMER</b>   |  |           |                                 |
| <b>ORTSAMT</b>  | : U. Höft, Vorsitzender<br>M. Gagelmann, Protokollführerin   |           |                                 |
| <b>BEIRAT/AUSSCHÜSSE</b>  | : siehe anliegende Liste   |           |                                 |
| <b>GÄSTE</b>  | : Frau Senatorin Stahmann, Senatorin für Soziales, Kinder,<br>Jugend und Frauen<br>Herr Hergert, Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und<br>Frauen, Referat 31<br>Herr Feldmann, Revierleiter Horn-Lehe |           |                                 |
| <b>TAGESORDNUNG:</b>  |  |           |                                 |
| 1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung  |  |           |                                 |
| 2. Aufstellung von Wohncontainern für 50-60 AsylbewerberInnen und Flüchtlinge auf dem Grundstück des Ortesamtes Horn-Lehe, Berckstraße 10 |  |           |                                 |

**Zu TOP 1: Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung**

Der Vorsitzende begrüßt die Beiratsmitglieder, die Senatorin sowie den Vertreter des Referates 31 bei der Senatorin für Soziales, Kinder und die anwesenden Bürgerschaftsabgeordneten. Er erklärt, dass der Staatsrat aus gesundheitlichen Gründen nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen kann.

Die Beiratssprecherin begrüßt die neue Mitarbeiterin des Ortesamtes Horn-Lehe.

Die Beiratsmitglieder äußern keine Einwände gegen die Tagesordnung.

**Zu TOP 2: Aufstellung von Wohncontainern für 50-60 AsylbewerberInnen und Flüchtlinge auf dem Grundstück des Ortesamtes Horn-Lehe, Berckstraße 10**

Der Vorsitzende erklärt, es gehe heute um die vorübergehende Aufstellung von Wohncontainern für die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen auf dem Gelände des Ortesamtes. Es hat eine diesbezügliche Anfrage aus der Sozialbehörde gegeben, wie sich der Stadtteil und der Beirat dazu verhalten möchten. Vorausgehend gab es schon einige Diskussionen und Beschlüsse zum Umgang mit dem Grundstück und dem Gebäude. Jetzt gehe es aber um eine vorübergehende Nutzung mit Wohncontainer.

Die Senatorin bedankt sich für die kurzfristige außerordentliche Sitzung. Es gebe hohe Zuwachszahlen an Asylsuchenden. Im letzten Monat waren es 130 Erwachsene, auch die Zahl der unbegleiteten Jugendlichen habe sich vervierfacht (von 50 auf 200). Diese müssen familienähnlich untergebracht werden nach Jugendstandards. Haushaltsgelder müssen bereitgestellt werden nicht nur für die Unterbringung dieser Menschen, sondern auch für Sprachkurse usw. Die Flüchtlinge kommen aus unterschiedlichen Ländern wie Syrien, Pakistan, Afghanistan, aus nordafrikanischen Ländern und Ländern aus dem Balkan.

Da in Bremen nicht genügend Wohnraum frei ist, müsse man Standorte für die Aufstellung von Containern suchen. Aufmerksam sei man auf das Grundstück durch die Suche nach geeigneten Plätzen für den Ausbau der U-3-Betreuung geworden.

Geplant seien 60 Plätze in Wohncontainern auf dem Parkplatz neben dem Ortsamt für max. 2 Jahre. Das derzeitige Pavillon auf dem Gelände soll als Aufenthaltsmöglichkeit für die Betreuer dienen. Die Container werden in einer L-Form aufgestellt. Diese Container haben 2- und 4-Bett-Zimmer, allerdings nur mit Gemeinschaftsküchen und Gemeinschaftssanitäranlagen. Der Standard sei dies aber nicht, anders aber nicht darstellbar. In dem Ortsamtsgebäude wird aber weiterhin die Einrichtung einer Tageseinrichtung geplant.

Der Vertreter des Sozialressorts erklärt, er sei in der Sozialbehörde zuständig für die Unterbringung von Flüchtlingen in Bremen. Durch den massiven Anstieg von Asylbewerbern in Deutschland müsse man schnellst möglichst Unterbringungsmöglichkeiten für ca. 1.000 Asylsuchende finden. Ziel sei es, Wohnungen zu nutzen, da sich die Menschen dort besser einleben und integrieren können. Notunterkünfte in Turnhallen, wie sie zurzeit in der Schule Bardowickstraße errichtet wurden, sollen die Ausnahme sein. Es gibt zwar Übergangwohnheime in Bremen, die seit vielen Jahren bestehen, so z. B. eines im Ostertor, eine Notunterkunft in Schwachhausen in der Thomas-Mann-Straße, in Obervieland (mit 250 Plätzen), in Huchting (mit 180 Plätzen), in Habenhausen, in Hastedt (mit 250 Plätzen) und in Vegesack (mit 60 Plätzen). Außerdem gibt es noch sog. Kampa-Wohnanlage in der H.-H.-Meier-Allee und im Vinnenweg. Diese Unterkünfte würden aber nicht mehr ausreichen und die Kapazität sei ausgeschöpft.

Alle Übergangwohnheime in der Stadtgemeinde Bremen werden durch pädagogisches Fachpersonal der Wohlfahrtsverbände betreut. Diese geben Unterstützung bei der Suche nach Wohnungen, Kindergartenplätze und Schulen. Auch ein ärztlicher Dienst des Gesundheitsamtes werde mit Sprechzeiten vor Ort sein, damit eine gesundheitliche Betreuung gewährleistet sei. Auch wenn die Flüchtlinge aus den Containern in eine Wohnung gezogen sind, werden sie durch geschultes Personal ambulant begleitet und betreut, sei es bei Fragen, Behördengängen etc.

Der Vertreter der CDU-Fraktion bedankt sich für die Ausführungen. Die CDU habe der Sozialbehörde vor einigen Tagen einen sehr umfangreichen Fragenkatalog zukommen lassen. Einige Fragen seien nicht beantwortet worden, die er jetzt noch einmal aufgreifen möchte. Der Vertreter des Referats 31 der Sozialbehörde nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung. Er gehe davon aus, dass die Flüchtlinge länger als 3 Monate in dem Übergangwohnheimen leben müssen. Es gibt derzeit keine Ausweichmöglichkeit, da der Wohnungsmarkt auch überlastet sei.

Die Senatorin betont, dass in jedem Übergangwohnheim Wohnungsvermittler seien. Im letzten Monat wurden 50 Wohnungen vermittelt. Vorrangiges Ziel sei es, die Aufenthaltsdauer in den Wohnheimen so gering wie möglich zu halten. Die weiteren Fragen werden dahingehend beantwortet, dass durch einen Senatsbeschluss alle Ressorts aufgefordert worden sind, nach geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten zu suchen. Für Horn-Lehe gab es noch das Grundstück/Gebäude an der Lilienthaler Heerstraße gegenüber dem Hotel Horner Eiche und eines an der Achterstraße. Der Standort an der Lilienthaler Heerstraße kam wegen dem alten Baumbestand nicht in Frage und die Achterstraße wegen der schlechten Erreichbarkeit. Vom Parkplatz vor dem Horner Schwimmbad hat man wegen der bevorstehenden Badesaison Abstand genommen. Die Senatorin gehe nur von einer 23-monatigen Übergangslösung aus. Das Ortsamtsgebäude soll nicht als Übergangwohnheim dienen, da das Ressort plant, dort eine Interimslösung für Kindertagesbetreuung zu schaffen. Der Vorsitzende gibt hierzu den Hinweis, dass in der nächsten Beiratssitzung über die Nachnutzung des Ortsamtes zusammen mit Immobilien Bremen aber auch mit Vertretern des zuständigen Ressorts aus dem Bereich der Kindertagesbetreuung beraten werden soll.

Ein Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilt mit, dass der Beirat den Beschluss der Beirätekonferenz unterstützt hat, sich an der Aufnahme von Flüchtlingen zu beteiligen. Nach einem interfraktionellen Gespräch mit dem Staatsrat haben die Fraktionen beschlossen, 60 Flüchtlinge in Wohncontainer auf dem Parkplatz hinter dem Ortsamt unterzubringen. Außerdem wurde vom Beirat eine 24-Stunden-Betreuung und eine sensible Behandlung bei der Belegung der Container gefordert. Die Fraktion ist der Meinung, dass dieser Standort sehr gut geeignet sei für die Unterbringung von Flüchtlingen. Er betont ausdrücklich, dass der Einsatz von pädagogischen Fachkräften wichtig sei. Außerdem sei wichtig die Einrichtung eines begleitenden „Runden Tisches“ mit interessierten Flüchtlingen, örtlichen Politikerinnen und Politikern, Vertreterinnen und Vertretern des Ortsamtes, der Polizei sowie mit Einrichtungen vor Ort wie Schulen, Kitas und Kirchengemeinden. Der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wisse von vielen Bewohnern in Horn-Lehe, dass sie bereit wären, sich zu engagieren. Diese Bereitschaft wird sehr begrüßt. Auch sei eine ortsnahe Sprachförderung für alle sehr wichtig. Die Einsetzung von Sprach- und Kulturmittlern müsse gewährleistet werden, ebenso die Sicherstellung der medizinischen und psychologischen Versorgung. Es gab die Mitteilung, dass hierfür ein Fond bei der Senatskanzlei über 30.000,00 € eingerichtet worden ist.

Die Senatorin erklärt, dass der erste Termin des Runden Tisches vom jeweiligen Beirat organisiert werden sollte, dann übernimmt der Wohlfahrtsverband, der die Einrichtung betreibt, die Koordinierung des Runden Tisches. Es sind 100.000,00 € Soforthilfe für Sprachkurse etc. bewilligt worden. Ehrenamtliches Bürgerengagement soll gefördert werden. Der Vertreter des Sozialressort ergänzt, dass aus dem Sonderfond 30.000 € an Schulen gehen, damit Vorkurse für Flüchtlingskinder angeboten werden können.

Der Vertreter der CDU-Fraktion unterstreicht die Gemeinsamkeit aller Fraktionen. Seine Fraktion sehe die Unterbringung von Flüchtlingen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Er vermisse aber eine Beteiligung der Ortpolitiker bei der Suche nach Standorten. Auch beklagt er, dass die Behörde nur wenige Standorte überprüft habe. An dem derzeitigen Standort wird kritisiert, dass 40 Container auf 850 m<sup>2</sup> aufgestellt werden sollen. Das Lärmgutachten weist Lärmwerte von 55 bis 60 DB aus. In der Vergangenheit wurde das Aufstellen von Containern an diesem Standort aufgrund der Lärmwerte abgelehnt. Die Nutzung des Ortsamtsgebäudes für eine Kinderbetreuung sieht der Vertreter der CDU-Fraktion ebenfalls problematisch an. Der Beirat habe beschlossen, dass derjenige, der das Ortsamtsgebäude erwirbt und einer neuen Nutzung zuführt, auch in Verantwortung genommen werden solle, die unerträgliche Verkehrssituation auf dem Heerstraßenzug zu entschärfen. Durch die vielen noch offenen Fragen sieht sich seine Fraktion außerstande, der Tischvorlage zuzustimmen.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass heute im Kern über die vorübergehende Aufstellung von Wohncontainer beraten werden solle. Über die endgültige Lösung für das gesamte Grundstück wird u. a. auch am 21. November 2013 diskutiert.

Die Senatorin bedauert, dass es den Anschein hat, dass die Behörde nicht transparent agieren würde. Es wurden in Bremen insgesamt 180 Grundstücke, Objekte und Liegenschaften geprüft. Aus Horn sind ihr keine Alternativvorschläge genannt worden. Auch wurden gute Erfahrungen mit Investoren gemacht, die auch daran interessiert seien, Kindertageseinrichtungen zu schaffen. Der durch die Bahn verursachte Bahnlärm wird seitens des Gesundheitsamtes nicht als schwerwiegend angesehen.

Die Beiratssprecherin erklärt, es wurde besprochen, dass alle im Bestand befindlichen Gebäude und Grundstücke geprüft werden. Der Beirat habe sich dafür ausgesprochen, dass nach dem Wegzug der Polizei die Möglichkeit der Aufstellung von Wohncontainern für Flüchtlinge in Betracht gezogen werden sollte. Der Standort Berckstraße sei für alle Beteiligten gut zu erreichen. Aus dem Stadtteil gibt es ein hohes Engagement, den Flüchtlingen unterstützend zur Seite zu stehen. Die Pastorin der Horner Kirche möchte zu einem Runden Tisch einladen.

Der Vertreter der FDP-Fraktion begrüßt die Tischvorlage. Er betont nochmals die Wichtigkeit der Betreuung durch qualifiziertes Personal. Auch unterstützt er die Interimslösung für Kinderbetreuung im Ortsamt. Auch ohne die Flüchtlingskinder gibt es bereits jetzt schon nicht genügend Betreuungsplätze. Kritisiert wird das kurze Zeitfenster des Auszuges des Ortsamtes und Umbau in eine Kindertageseinrichtung.

Eine Vertreterin der SPD-Fraktion fragt nach der Zusammensetzung der Bewohnerinnen und Bewohner in den Containern und ob es schon Erfahrungswerte diesbezüglich gibt. Der zentrumsnahe Standort wird aufgrund der guten Erreichbarkeit befürwortet. Auch könnten auf dem Gelände Veranstaltungen durchgeführt werden wie z. B. ein Familienflohmarkt. Der Behördenvertreter erwidert, dass die Zusammensetzung der Gruppen hochsensibel erfolgt. Es gebe kein Übergangswohnheim, das nur mit Männern oder nur mit Familien besetzt sei. Für den Standort Berckstraße sehe er ebenfalls keine Probleme bei der Zusammensetzung, es werde allerdings darauf geachtet, dass max. 20 Kinder hier untergebracht werden.

Ein Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hofft, dass sich die Institutionen im Stadtteil den Flüchtlingen gegenüber öffnen und Angebote unterbreiten. Somit hätten die Flüchtlinge die Möglichkeit, die engen Räume für einige Stunden zu verlassen. Eine verkehrliche Belastung an der Kreuzung Horner Heerstraße sehe er allerdings nicht. Laut Mitteilung des Amtes für Straßen und Verkehr gibt es hier keine verkehrlichen Problematiken. Er spricht sich für einen einstimmigen Beiratsbeschluss zu diesem Thema aus, dies habe auch eine gute Außenwirkung für ganz Bremen.

Die Pastorin der Horner Kirche erklärt, dass sie mit dem Verein Zuflucht einen ersten Termin organisiert hat. Bürger, die gerne helfen möchten, sind herzlich zu diesem Termin eingeladen. Im Vorfeld soll über den Hilfebedarf gesprochen werden.

Eine Bürgerin bittet den Beirat, einen einstimmigen Beschluss zu fassen, da es für die Bevölkerung ein gutes Signal ist, wenn alle Fraktionen die Kriegsflüchtlinge im Stadtteil Willkommen heißen.

Der Vertreter der CDU-Fraktion betont ausdrücklich, dass seine Fraktion nicht den alten Campingplatz als Unterkunft für Flüchtlinge vorgeschlagen hat. Dieser Vorschlag kam durch Diskussionen mit dem Sozialressort und wurde dann durch die Fraktionen in der Bürgerschaft abgelehnt. Es wurde lediglich angeregt, diesen Standort überprüfen zu lassen. Er könne allerdings mit der Mitteilung leben, dass die Weiterentwicklung des Stadtteilzentrums rund um das Ortsamt für 23 Monate ruhen müsse, da es sich hier um eine Notsituation handelt.

Die Senatorin äußert ihr Bedauern darüber, dass die CDU-Fraktion einen gemeinsamen Beschluss nicht mittragen will. Ein einstimmiger Beschluss würde die Diskussionen und das Ankommen im Stadtteil erleichtern.

Die Beiratssprecherin betont, dass bei dieser Sitzung nur über einen Standort der Wohncontainer abgestimmt wird. Über die zukünftige Nutzung des Ortsamtes soll in der kommenden Sitzung beraten werden. Es wird ausdrücklich betont, dass der Bürger- und Kulturverein auch Räumlichkeiten benötigt. Auch wird die fehlende Beteiligung des Beirates bei z. B. Ortsbegehungen kritisiert.

Der Revierleiter betont, dass eine sensible Besetzung der Wohncontainer wichtig sei. Diese Überlegungen sind sehr wichtig, um Probleme und Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Eine Vertreterin vom Beirat Schwachhausen teilt mit, dass es im Stadtteil Schwachhausen in der Thomas-Mann-Straße seit Anfang 2013 eine Notunterkunft gebe. Dort habe man sehr gute Erfahrungen mit der Unterbringung von bunt gemischten Gruppen, Familien usw. gemacht. Es gebe weder Sprachprobleme, noch Konflikte.

Nach Abschluss der Diskussion wird über die vorliegende Tischvorlage abgestimmt.

Beschluss:

Der vorliegenden Tischvorlage wird mit 8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **zugestimmt**.

Die Senatorin bedankt sich für den zustimmenden Beschluss und sichert eine Teilnahme an der nächsten Beiratssitzung zu.

Aufgrund fehlender Tagesordnungspunkte schließt der Vorsitzende die Sitzung.

---

Ullrich Höft  
- Vorsitzender -

---

Catharina Hanke  
- Beiratssprecherin -

---

Maren Gagelmann  
- Protokollführer -